



# BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Berlin, 19. Dezember 2022

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

mit dem Jahr 2022 neigt sich ein wahrlich herausforderndes Jahr dem Ende zu. Als ich vor einem Jahr als frisch ernannte Parlamentarische Staatssekretärin meine Weihnachtsgrüße und –wünsche verschickt habe, richtete sich mein Fokus auf künftige politische Herausforderungen ganz anderer Art und wir hatten als neue Regierungskoalition jeden Grund, optimistisch auf das nahende Jahr 2022 zu blicken.

Es kam anders und obwohl uns die Corona-Pandemie dieses Jahr – wie erhofft – weniger im Griff hatte, schloss sich die nächste Krise direkt an. Russlands verachtenswerter und völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine hat unsere Welt auf den Kopf gestellt. Die verheerende Lage in der Ukraine bewegt uns sehr und ich bin sehr dankbar, dass viele Geflüchtete aus der Ukraine in unserem Land große Unterstützung erfahren und wir uns weiterhin sehr solidarisch mit der Ukraine zeigen.

Gerade wir in Deutschland sind von den Folgen des russischen Angriffskriegs betroffen, wie Inflation und Energiekrise zeigen. Im Alltag zeigt sich das am deutlichsten an den stark gestiegenen Energiepreisen. Wir haben daher 200 Milliarden Euro für eine Strom- und Gaspreisbremse bereitgestellt, um die massive Belastung für die Bürgerinnen und Bürger durch die Preissteigerungen abzufedern. Klar ist uns aber auch, dass das alleine für viele Menschen in unserem Land nicht ausreicht. Die Bundesregierung hat daher darüber hinaus drei Entlastungspakete mit einem Volumen von knapp 95 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Zu den darin enthaltenen Maßnahmen zählen unter anderem die deutliche Erhöhung des Wohngeldes, mit dem statt 600.000 zukünftig zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden. Auch die Erhöhung des Kindergelds, die Energiepauschale für Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende und die Erhöhung des Steuerfreibetrags sollen dafür sorgen, dass niemand von den hohen Energiekosten überfordert wird.

Vor allem aber bin ich stolz, dass es uns trotz der schwierigen Lage bereits gelungen ist, zentrale Ziele unseres Koalitionsvertrages zu verwirklichen. Dazu gehört besonders die Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro, von der fast sieben Millionen Menschen in Deutschland profitieren, aber auch die Einführung des Bürgergelds ist ein großer Erfolg für die Bundesregierung. Es steht für mich außer Frage, dass wir mit dem Bürgergeld gerade jetzt für mehr Gerechtigkeit und Unterstützung sorgen.

Versprechungen und Prognosen über ein baldiges Ende des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise in Deutschland kann ich an dieser Stelle nicht machen. Aber bitte seien Sie versichert, dass wir in der Ampelkoalition und im Bundestag alles dafür tun, die Krise bestmöglich bewältigen zu können.

Seit Wochen gehen Frauen und Männer im Iran auf die Straße, um für Freiheit und Frauenrechte zu kämpfen. Das brutale Vorgehen des iranischen Regimes gegen Demonstrierende verurteile ich mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen aufs Schärfste. Wir stehen solidarisch an der Seite derjenigen, die mit ihrem unfassbaren Mut für eine freie Gesellschaft kämpfen. Mögen Freiheit und Gerechtigkeit auch im Iran siegen!

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihr Verständnis für diese außergewöhnliche Situation, für Ihre tatkräftige Unterstützung und für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein frohes Weihnachtsfest, möge das Jahr 2023 wieder Frieden für die Menschen in der Ukraine, in Europa und in der Welt bringen!

Ihre

# BERLIN AKTUELL



Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Foto: Paul Muhler

Die Bad Neustädter SPD hatte mich zu ihrer Weihnachtsfeier eingeladen. Ein Termin, den ich gerne wahrgenommen haben, zumal auch noch einige langjährige Mitglieder ehren durfte. Das Bild zeigt den Nikolaus und mich mit (von links) Thorsten Raschert vom Kreisverband Rhön-Haßberge, Egon Heller, der Ortsvereinsvorsitzenden Rita Rösch und Charly Gütthlein.

**Bilder  
der Woche**



Foto: SPD Bad Neustadt

In der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten hatte ich Besuch aus dem Wahlkreis. Mein Team aus den Bürgerbüros in Haßfurt, Marco Heumann (rechts) und Bad Kissingen, Karen Pohle (Zweite von links), Carolin Schiefer (Zweite von rechts) sowie Manfred Hoffmann (Dritter von links), war zu Besuch in Berlin. Neben einer Büroklausur mit meinen Berliner Mitarbeitern Michael Frank (links) und Markus Giesecke (Dritter von rechts) stand auch ein gemeinsames Weihnachtsessen, ein Besuch auf dem Weihnachtsmarkt am Bebelplatz und natürlich ein Abstecher zum Brandenburger Tor nebst Weihnachtsbaum und Gruppenbild auf dem Programm.

## Lage der Fraktion

### - der Podcast

Die SPD-Fraktion gibt es auch zum Hören. Die „Lage der Fraktion“ ist die sozialdemokratische Gesprächsrunde zur Bundespolitik: Was haben wir vor? Was bringen wir voran? Und wo hakt es vielleicht auch noch? In meinem Newsletter stelle ich Ihnen die jeweils neueste Folge vor.

## Zitat der Woche

„Unser wichtigstes Mittel im Kampf gegen Extremismus ist es, unsere Demokratie lebendig zu halten!“



Nancy Faeser  
Bundesinnenministerin  
in der  
Bundespressekonferenz  
zur Vorstellung des  
Demokratiefördergesetzes  
am 14. Dezember

## WELCHE SCHULNOTE GIBST DU DER AMPEL, ROLF?



Rolf Mützenich zieht Bilanz: Ein Jahr Ampel - wie viel Fortschritt haben wir wirklich schon gewagt? Was muss unbedingt noch kommen? Der Vorsitzende der SPD-Fraktion spricht über Olaf Scholz und dessen Rolle in der neuen Weltpolitik. Und er erklärt, dass Diplomatie sehr viel mehr ist als Friedensverhandlungen.

Wer Reinhören will: Zum Podcast geht es [hier](#) oder mit einem Klick aufs Bild!



## Energiepreisbremsen

### Auch beim Heizen mit Pellets und Öl gibt es Hilfen

**Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass es Hilfen für alle Heizarten geben wird. Neben den Preisbremsen für Gas und Strom werden auch Nutzer von nicht leitungsgebundenen Energieträgern unterstützt.**

Nach intensiven Verhandlungen im parlamentarischen Verfahren haben sich die Ampelfraktionen auf die Ausgestaltung der Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme geeinigt. Das Gesetz wurde in dieser Woche beschlossen.

In den Beratungen hat die SPD-Fraktion erreicht, dass auch Verbraucher:innen Hilfen erhalten, die hohe Kostensteigerungen beim Heizen mit Öl, Pellets, Flüssiggas oder anderen Energieträgern hatten, die nicht wie Gas oder Strom über eine Leitung in die Haushalte kommen. Der Bund stellt dafür 1,8 Milliarden Euro zu Verfügung. Auch Krankenhäuser, Unikliniken, Pflegeeinrichtungen und soziale Dienstleister erhalten gesonderte Unterstützung.

Zudem hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, dass es Anforderungen an Unternehmen gibt, die besonders hohe Zuschüsse erhalten: Sie unterliegen Beschränkungen bei der Auszahlung von Boni und Dividenden und müssen Arbeitsplätze erhalten.

Insgesamt werden ganze 200 Milliarden Euro von der Bundesregierung über die kommenden zweieinhalb Jahre zur Verfügung stellen, um die Energiepreise zu deckeln.

### Preisbremsen gelten bis April 2024

Am Donnerstag will der Bundestag die Einführung der Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme beschließen. Sie sollen vom 1. März 2023 bis 30. April 2024 gelten und rückwirkend auch für die Monate Januar und Februar 2023.

Für private Haushalte und kleine Unternehmen ist geplant, den Gaspreis für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde zu begrenzen (Fernwärme 9,5 Cent). Der Strompreis wird für ein Grundkontingent von 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 40 Cent pro Kilowattstunde begrenzt. Verbraucht man mehr als 80 Prozent, zahlt man pro zusätzlicher Kilowattstunde Gas, Wärme oder Strom den aktuellen Preis des Energieversorgers.

Die Preisbremsen werden so gestaltet, dass sich Energiesparen lohnt. Denn der Rabatt ist unabhängig vom aktuellen Energieverbrauch. Wer im Jahr 2023 weniger verbraucht als im Vorjahr, erhält dennoch den Rabatt, der sich auf den höheren Verbrauch des Vorjahres bezieht.

### Unternehmen müssen Arbeitsplätze sichern

Die SPD-Fraktion hat sich im parlamentarischen Verfahren gleich an mehreren Stellen durchgesetzt. Besonders wichtig ist der 1,8-Milliarden-Fonds für Heizöl, Pellets oder andere nicht leitungsungebundene Energieträger. Gerade im ländlichen Raum sind sie sehr verbreitet.

Für 80 Prozent des Verbrauchs können die Preissteigerungen, die das Zweifache des durchschnittlichen Preises von 2022 übersteigen, erstattet werden. Damit werden Härtefälle gezielt abgefedert. Die Auszahlung wird möglichst unkompliziert über die Bundesländer organisiert.



Zugleich gab es eine Einigung bei den Vorgaben bei den Auszahlungen von Boni und Dividenden: Unternehmen, die 25 Millionen Euro Hilfen und mehr bekommen, dürfen die vereinbarten Boni und Dividenden nicht erhöhen. Wer über 50 Millionen Euro erhält, darf gar keine Boni und Dividenden auszahlen. Zudem gibt es Regeln zur Arbeitsplatzsicherung: Unternehmen, die über zwei Millionen Euro an Hilfen bekommen, müssen 90 Prozent der Belegschaft bis 2025 erhalten. Nur im Rahmen von Betriebsvereinbarungen sind Abweichungen möglich.

## **Gerechte Finanzierung**

Um die Preisbremsen gerecht zu finanzieren, werden die Zufallsgewinne von stromerzeugenden Unternehmen abgeschöpft und ein Solidarbeitrag auf einen Teil der Gewinne von Konzernen aus dem Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich erhoben.

Um die Preisbremsen sozial ausgewogener umzusetzen, sollen die Entlastungen bei Haushalten mit sehr hohen Einkommen besteuert werden. So ist es bereits in den Begründungen der Gesetzentwürfe festgehalten. Dazu werden in den kommenden Jahre entsprechende gesetzliche Regelungen vereinbart werden.

Gleichzeitig werden aber auch die Bedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien verbessert, damit Strom wieder günstig wird und die Wirtschaft zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft erhält. Niemand soll wegen einer akuten finanziellen Notsituation Heizung oder Strom abgedreht bekommen. Deshalb müssen Versorger mit Abwendungsvereinbarungen in Zukunft ernsthafte Schritte unternehmen, um Energiesperren zu vermeiden und für ausstehende Zahlungen verträgliche Lösungen zu finden.

## **Extremismusprävention**

### **Die Demokratie stärken**

**Mit dem Demokratiefördergesetz sollen Projekte zur Förderung der Demokratie und zur Extremismusprävention auch längerfristig gefördert werden können – so haben sie mehr Planungssicherheit.**

Das Kabinett hat am Mittwoch das Demokratiefördergesetz verabschiedet. „Dieses Jahr mit seinen Bedrohungen im Äußeren – mit dem furchtbaren Angriffskrieg Russlands in der Ukraine – und im Inneren zeigt: Wir müssen unsere Demokratie aktiv schützen“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser in Berlin bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs.

Ziel des Demokratiefördergesetzes ist es, Projekte zur Förderung der Demokratie und zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt sowie zur Extremismusprävention vor Ort verlässlich und bedarfsorientiert fördern zu können. Mit dem Gesetz stellt der Bund die wichtige Arbeit der Initiativen und Projekte auf eine stabilere und nachhaltigere Grundlage.

Bislang war es so, dass der Bund Projekte nur für eine bestimmte Zeit fördern konnte, weil es keine gesetzliche Grundlage für die längerfristige Förderung gab. Der Gesetzentwurf für das Demokratiefördergesetz schafft nun erstmals einen gesetzlichen Auftrag des Bundes zur Förderung und Stärkung der Demokratie und der Prävention jeglicher Form von Extremismus. Somit können Projekte auch längerfristig gefördert werden und haben mehr Planungssicherheit. Einen Anspruch auf Förderung begründet das Gesetz nicht.



## Zivilgesellschaft ist Bollwerk gegen Extremismus

Faeser betonte, dass staatliches Handeln gefragt sei. Gerade bei der Aufdeckung des mutmaßlichen Terror-Netzwerks von Reichsbürgern in der vergangenen Woche habe man gesehen, dass der Staat wachsam sei und entschlossen und „mit aller Härte“ gegen Verfassungsfeinde vorgehe.

Neben einem wehrhaften Staat braucht es aber auch engagierte Bürger:innen, die sich für die Gemeinschaft und ein gutes Miteinander einsetzen. Die Demokratie lebe vom Engagement vieler Millionen Bürger:innen und Bürger. Diese demokratische Zivilgesellschaft sei eines der „stärksten Bollwerke gegen Extremismus“, so Faeser.

Seit Jahren schon fördert der Bund zahlreiche dieser Projekte mit wachsenden finanziellen Mitteln. Standen 2016 für die beiden größten Bundesprogramme „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ noch 62,5 Millionen Euro bereit, sollen es im nächsten Jahr 212 Millionen Euro sein.

## Gegen Hass im Netz

Gefördert werden ganz unterschiedliche Projekte: Seien es pädagogische Formate gegen Hass im Netz, Angebote gegen Ausgrenzung in Ausbildung und Beruf, Beratungsstellen im Bereich islamistischer Extremismus oder präventiv-pädagogische Angebote für inhaftierte jugendliche Straftäterinnen und Straftäter.

Die SPD-Fraktion habe sich seit Jahren für ein Demokratiefördergesetz eingesetzt, so Felix Döring, zuständiger Berichterstatter. „Mit dem Demokratiefördergesetz werden wir einen soliden gesetzlichen Rahmen schaffen, um längerfristige Planungssicherheit für Projektträger und den Bund zu schaffen.“

## Verkehrswende

### Mehr Geld für den Schienennahverkehr

**Der Bund hat mit den Ländern vereinbart, die Regionalisierungsmittel im Jahr 2022 um eine Milliarde Euro zu erhöhen und ab dem Jahr 2023 um jährlich drei Prozent zu dynamisieren.**

Mehr Geld für den öffentlichen Schienennahverkehr: Der Bund hat mit den Ländern vereinbart, die Regionalisierungsmittel im Jahr 2022 um eine Milliarde Euro zu erhöhen und ab dem Jahr 2023 um jährlich drei Prozent zu dynamisieren. So sollen notwendige finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit der Öffentliche Nahverkehr mindestens auf dem bestehenden Niveau seinen Beitrag zur Verkehrswende und bei der Erreichung der Klimaschutzziele leisten kann. Damit belaufen sich die zusätzlichen Mittel im Zeitraum 2022 bis 2031 auf rund 17,3 Milliarden Euro.

Bis 2031 stehen damit rund 17 Milliarden Euro mehr für öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung. Mit der Strompreisbremse wird zudem das Bahnsystem entlastet, indem die gestiegenen Energiekosten besser abgedeckt werden.

In einem weiteren Schritt braucht es zügig die Grundlage für das Deutschlandticket. Nachdem Bund und Länder die grundsätzliche Finanzierung vereinbart haben, ist klar, dass das Deutschlandticket kommen wird. Die Länder und das Verkehrsministerium müssen nun zügig die rechtlichen Grundlagen abstimmen, damit einer frühestmöglichen Einführung des bundesweiten Tickets nichts mehr im Wege steht.